



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09-51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/117

Hannover, 24. September 1948

Hundert Tage Luftbrücke

-dt. In wenigen Tagen - am 1. Oktober - wird die Chronik der 100. Tag der Luftbrücke verzeichnen. Was damals, am Tage des Beginns, als kraftvolle Geste der Westmächte im kalten Krieg schien, als improvisierte moralische Stütze einer im Frieden kriegsmässig belagerten Stadt, ist zu einer Dauereinrichtung geworden, an deren Tätigkeit man sich ebenso gewöhnt hat wie an ihre Leistungsfähigkeit. Als General Clay einmal sagte, daß die Luftbrücke auch im Winter funktionieren könne und werde, war man geneigt, diesen Ausspruch mehr propagandistischen als praktischen Wert zuzusprechen; der gesunde Menschenverstand sträubte sich gegen die Annahme, dass es drei Jahre nach der Barbarei des Krieges notwendig sein werde, durch Einsatz von Kriegsmaschinen mehr als zwei Millionen Menschen vor dem Verhungern zu bewahren. Aber der gesunde Menschenverstand hat versagt, weil er sich einer Illusion hingeeben hatte. Der Illusion nämlich, dass eine Macht, die sich des Sieges über den Barbaren Hitler rühmt, die sich oft genug pries, diesen Kampf zur Rettung der Menschheit geführt zu haben, dass diese selbe Macht zögern werde, Hunger und Gesundheit von zweieinviertel Millionen Menschen in das Spiel ihrer Machtpolitik einzukalkulieren. Nicht weniger als diese Gütgläubigen haben die Generale Clay und Robertson ihren ehemaligen Bundesgenossen im Kampf um die Ideale der Menschheit eingeschätzt; sie haben beizeiten veranlasst, dass die Rollfelder von Fennelhof und Gatow verdoppelt und verdreifacht werden, damit die Luftbrücke ebenso zur unerschütterlichen Realität werde wie das weite Gewissen des bolschewistischen Gegenspielers.

Es ist nicht wenig, was in diesen hundert Tagen auf dem Konto der sowjetrussischen Unmenschlichkeit gebucht werden muss. Es sind nicht die 250.000 Dollar, die nach amerikanischen Berechnungen die Luftbrücke täglich kostet, es ist auch nicht die Menschen- und Material aufreibende Entfaltung eines gigantischen technischen Apparates, der Tag und Nacht bei jedem Wetter funktionieren muss. Diese Dinge stehen auf einem anderen Blatt, einem Blatt, das den Funken des Glaubens an eine bessere Welt über das dunkle Tal von heute hinwegträgt und ein Ziel erkennen lässt, um das zu kämpfen nicht nur für die Berliner lohnend ist. Was dem Bolschewismus zugeschrieben werden muss, lässt sich nicht in Dollars ausrechnen.

24. September 1948

Unso furchtbarer, unso belastender ist die Anklage. Ärztliche Untersuchungen, im Auftrage einer Besatzungsmacht systematisch durchgeführt, haben ergeben, dass im Wachstum der Jugendlichen von Berlin ein Stillstand eingetreten und dass bei Erwachsenen ein erhebliches Absinken der roten Blutkörperchen zu verzeichnen ist. Bei allen guten Willen ist es nicht möglich, über die Luftbrücke jene naturgebundenen Vitamine in ausreichendem Masse nach Berlin zu schaffen, die in frischen Kartoffeln, in Obst und in Gemüsen enthalten sind. Trockenmilch, Fleischkonserven und Kartoffelpulver vermögen den Hunger zu stillen, auf die Dauer aber nicht den biologischen Notwendigkeiten genügen.

Aus dieser Perspektive gesehen wird der heroische Kampf der Berliner immer stärker von der politischen auf eine rein menschliche Ebene abgedrängt. Was der Drohung mit dem Hunger nicht gelungen ist, soll der furchtbare Appell an die Angst einer Mutter um ihr Kind vollbringen: eine teuflische Spekulation, die gefährlicher ist als Mord und Terror der Markgraf-Polizei. Und im Hintergrund dieser typisch bolschewistischen Nervenstrategie steht der General Winter, dem man in Moskau mit dem Abbruch der Verhandlungen nach 52 erfolglosen Tagen das Heft in die Hand gedrückt hat. So stehen die Berliner an 100. Tage der Luftbrücke der bisher fürchterlichsten Drohung des Ostens gegenüber. Dass sie nicht hilflos seien, ist die erste und unaufschiebbare Pflicht des Westens. Zwingender als je ist die Notwendigkeit, dieser Drohung wirksam zu begegnen, sonst kann es geschehen, dass die Berliner Kinder zu Faustpferden des bolschewistischen Sieges werden. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, diese Kinder dem russischen Übergriff zu entziehen, nicht zuletzt im Interesse der eigenen Kinder. Der 100. Tag der Luftbrücke soll der Tag werden, an dem die Berliner mehr als Sympathie Kundgebungen aus dem Westen hören. Er soll zeigen, dass der Westen bereit ist, auch die bescheidensten Möglichkeiten einer Hilfe auszunützen.

26 Pfund Frachtkosten pro Tonne

sp. Die Luftbrücke hat England und die USA bis zum 83. Tage insgesamt 6.250.000 Pfund Sterling gekostet. Davon entfielen auf die USA 3.750.000 Pfund, auf England 2.500.000 Pfund. Pro Tag rechnet man mit einem Kostenaufwand von rund 100.000 Pfund, von denen 40 % von den Engländern getragen werden müssen. Von britischen Flugzeugen wurde eine Strecke von insgesamt 6.250.000 Meilen zurückgelegt, um eine Last von 75.000 t nach der Flugplatz Gatow zu transportieren. Pro Tonne rechnet man mit 26 Pfund Frachtkosten. Den deutschen Absendern von Warenlieferungen nach Berlin werden die normalen Eisenbahn-Frachtkosten berechnet, da man auf alliierter Seite der Ansicht ist, dass es nicht die Schuld der Deutschen sei, wenn die Waren auf dem Luftwege befördert werden müssen. Noch immer stellen Lebensmittel das Hauptkontingent der Luftsendungen dar. Darüber hinaus sind bisher aber auch 3 Millionen Zigaretten aus amerikanischen Beständen nach Berlin transportiert worden. Auch Möbeln, Bratpfannen und andere leichte Verbrauchsgüter werden mit in die Flugzeuge verladen, soweit es der Raum zulässt. Hält die Luftbrücke bis zum nächsten Frühjahr an, so rechnet man damit, dass die Kosten für England allein neun Millionen Pfund betragen werden. (n/B23/249/2/hs)

Tschechische Erkenntnisse - in der Emigration

Von Fenzel Jaksch, London

Der Autor dieses Beitrages ist der letztgewählte Vorsitzende der sudetendeutschen Sozialdemokraten und seit 1938 in London, wo er für seine Landsleute wirkt. Er hat als Gast an Düsseldorfer Parteitag der SPD teilgenommen.

In der internationalen Diskussion für und wider die Massenausweisungen nach dem letzten Kriege melden sich die ersten kritischen Stimmen aus dem tschechischen Lager zu ~~org~~. Sie kommen aus den Reihen der tschechischen Sozialdemokratie, die sich als Partei zwar offiziell den Kommunisten gleichgeschaltet hat, deren Vertrauensmänner jedoch in beträchtlicher Zahl nach Deutschland und von dort weiter nach dem Westen emigrierten. Das Hauptquartier der Auslandsorganisation tschechischer Sozialdemokraten ist London, wo als ihr Organ die "Londýnské Listý" (Londoner Blätter) erscheinen.

Dieses Blatt brachte kürzlich den Beitrag eines Augenzeugen über das berüchtigte Massaker von 31. Juli 1945 in Aussig a.d. Elbe. Der Bericht bestätigt alles, was von deutscher Seite und in der Weltpresse über den Verlauf dieses Dramas mitgeteilt wurde. Eine Explosion in den Kabelwerken des Vorortes Schönbrunn wurde damals zum Anlass für eine Menschenschlächterei genommen, die schätzungsweise zweitausend Todesopfer kostete. Jetzt wird auch von tschechischer Seite zugegeben, dass sich diese Opfer hauptsächlich aus Arbeitern der Schichtwerke rekrutierten, die gerade über die Elbebrücke aus der Arbeit heimkehrten; dass Frauen und Kinder nicht geschont wurden und dass auch der Antifaschist Brainle darunter war, der vier Jahre Konzentrationslager überlebt hatte. Nun erfährt man, dass auch die örtlichen kommunistischen Führer vergeblich bemüht waren, die entfesselte Worgier ihrer Anhänger zu zügeln. Es gab anschliessend in Verwaltungsausschuss des Bezirkes heftige Auseinandersetzungen, wobei sich - dem Blatt zufolge - nichtkommunistische Tschechen schärfstens gegen dieses Verbrechen wandten. Der Mitarbeiter der "Londýnské Listý" bezeichnet diese Aussiger Vorgänge als ein Gegenstück zu der Vernichtung des tschechischen Dorfes Lidice, wobei er die Zahl der Aussiger Opfer als viermal so hoch annimmt. Er schreibt: "Lidice wurde das lebende Denkmal des ungeliebten "Furor Teutonius" und Aussig wurde die Rehabilitation der deutschen Naziführer." Nach dieser Zeugenschaft war die Explosion in der Schönbrunner Fabrik auf die Unachtsamkeit der Wachmannschaft eines dortigen Munitionslagers zurückzuführen. Dem aus Prag eintreffenden kommunistischen Ministern Nosek und Svoboda wurde dies mitgeteilt. Dennoch schob die offizielle tschechische Propaganda diese Explosion weiter den Deutschen in die Schuhe und die Weltpresse wurde mit Sensationsberichten gefüttert, dass es sich um gross angelegte Sabotageakte von "Werwölfen" gehandelt habe.

Das zitierte Londoner Blatt nimmt diesen Bericht zum Anlaß für eine scharfe moralische Abgrenzung gegenüber den Grausamkeiten der Austreibung. Es schreibt: "Je früher wir die Verantwortung für diese bestialischen Taten von uns abwälzen... umso besser für uns und für unsere Position vor den Richtern der Weltgeschichte. Nichts ist ein Mord durch einen anderen gerechtfertigt worden". Der gleiche Artikel wendet sich gegen die Zweckmäßigkeit der Austreibungspolitik überhaupt. Er wirft die Frage auf, ob es nicht besser gewesen wäre, einige zehntausend Schuldige auszuweisen und den übrigen Sudetendeutschen eine Bewährungsfrist zu geben. Es wird beklagt, daß Menschen ausgewiesen wurden, die den Tschechen geholfen hätten, die neue Republik wieder aufzubauen. Statt dessen habe man die internationalen Bäder im Egerland vernichtet und die Export-Industrien ruiniert.

Als noch größer werden die Schäden für die Landwirtschaft bezeichnet. "Wir haben freiwillig Hunderttausende von Arbeitskräften aufgegeben und sind jetzt nicht imstande, den Boden zu bearbeiten". Durch den Verfall der Landwirtschaft würde "direkt die Existenz der Nation bedroht". Käfer vernichten die Gemüsernte, Schweine und Geflügel sind mit Pest verseucht, der Nonnenkäfer frißt sich von dem einst mustergültig bewirtschafteten Böhmerwald verheerend hinüber in die bayerischen Wälder. "So wird unsere Republik zu einer europäischen Gefahr als die Brutstätte von Ungeziefer, das nach allen Seiten ausschwärmt wie die Heuschrecken in der Bibel".

Diese Feststellungen sind von allergrößter Tragweite. Es wäre verfrüht, sie als den Ausgangspunkt einer Wendung in der Politik der tschechischen Sozialdemokratie zu bezeichnen. Man muß es aber begrüßen, daß hier zum ersten Male wieder auch von tschechischer Seite eine Sprache geführt wird, welche der Vertiefung von Haß und Zwietracht entgegenwirkt. Wenn die tschechische Sozialdemokratie wieder zu jenem moralischen Mut zurückfände, der sie auf ihren Aufstieg begleitete, dann könnten noch manche Wunden geheilt werden, welche durch nazistische und kommunistische Verbrecher dem lebendigen Organismus Zentraleuropas zugefügt wurde.

- - - - -

Die Arbeiter und die Wahlen in USA

Von S. Aufhäuser, New York

Die Bewegung zu den Novemberwahlen für den Präsidenten und den Kongress ist im vollen Gange, wenn auch die große politische Entscheidung zunächst durch allzuviel Propaganda und Routine verdunkelt ist. Bis zum Wahltag kann innerpolitisch noch eine Änderung der Wirtschaftslage eintreten und außenpolitisch lassen sich die Beziehungen zu Rußland nicht voraussagen. Jede internationale Zuspitzung wäre Truman und seiner Demokratischen Partei zugute.

jede Krisenerscheinung in der Wirtschaft würde Dewey und seine Republikanische Partei belasten, weil sie Truman ihre Unterstützung in der Bekämpfung der Inflation versagt haben. Aber abgesehen von den äußeren Umständen werden diesmal die Arbeiter als die größte organisierte und nicht parteigebundene Gruppe den Ausschlag geben.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit ihren 16 Millionen Mitgliedern und Familien könnten ein Machtfaktor sein, wenn sie eine Einheit wären. Die Gesamtheit der 61 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger müßten eine fast unüberwindliche Macht sein, wenn sie jemals eine politische Arbeiterpartei organisiert hätten. Die politische Aktivität der amerikanischen Arbeiter ist aber relativ gering. So haben bei den letzten Kongresswahlen 1946 von 91.700.000 wahlberechtigten Personen nur 34.400.000 - etwa 38 Prozent - von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht.

Wichtige soziale Fragen, wie die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften, die Normalisierung der Lebenskosten, der Wohnungsbau, die Mindestlöhne usw. stehen diesmal zur Entscheidung. Die Gewerkschaften hatten sich in den letzten 15 Jahren Regierung durch die Demokraten von 2,8 auf 16 Mill. Mitglieder entwickelt, während das von der republikanischen Parlamentsmehrheit angenommene Taft-Hartley-Gesetz das autonome Gewerkschaftsrecht aufgehoben hat. Alle Gewerkschaftsrichtungen sind sich einig in dem Verlangen nach Beseitigung des Antigewerkschaftsgesetzes und sie betrachten diesen Wahlkampf als eine historische Entscheidung für die künftige Machtposition der amerikanischen Arbeiterbewegung.

Präsident Truman, der sein Veto gegen das Antigewerkschaftsgesetz eingelegt hatte, konnte kürzlich am Feiertag der Arbeit (Labor Day) in Detroit zum erstenmal in einer Riesenkundgebung vor den beiden Gewerkschaftsbünden AFL und CIO die Wahlkampagne eröffnen, indem er das soziale Bekenntnis von F.D. Roosevelt erneuerte. William Green und Philip Murray, die beiden Gewerkschaftsführer des Landes, haben sich persönlich für den Kandidaten Truman erklärt. Die von der AFL für die Wahl geschaffene politische Liga wird die gewerkschaftsfreundlichen Senatoren und Abgeordneten unterstützen, hat aber zur Präsidentenwahl keine Stellung genommen, doch haben sich die meisten Verbände unter Führung des Eisenbahners George M. Harrison zu einem Wahlkomitee für Truman zusammengeschlossen. Die Verbände der Zimmerleute und der Fuhrleute aber neigen in ihren Vorständen zu Dewey und haben die Entscheidung ihren Bezirksorganisationen überlassen.

Der Ausschuß des CIO hat mit 35 : 12 Stimmen Parole für Truman ausgegeben. Die Minderheit unterstützt Henry A. Wallace und umfaßt die Elektriker, Schauerleute, Pelzarbeiter und das Personal der Lagerhäuser. Die CIO-Wahlorganisation, das sogenannte Politische Aktionskomitee PAC ist eindeutig für Truman. Innerhalb der AFL ist der

Bekleidungsarbeiterverband (Vors. Dubinsky) die aktivste Kraft für eine Politisierung der Arbeiterbewegung und für Truman. Die PAC will einen Wahlfond von 1 1/2 Mill., die AFL-Liga einen solchen von zwei Millionen Dollar aufbringen.

Außerhalb der Gewerkschaftsbünde steht John L. Lewis, der persönlich aus opportunistischen Erwägungen für Dewey sein dürfte, doch ist für die Bergarbeiter keine offizielle Erklärung ausgegeben worden. Es gibt dann noch einige große "unabhängige" Eisenbahnerverbände, die Truman unterstützen werden. Das Schwergewicht der Arbeiterstimmen ist nach alledem für Truman so gut wie gesichert, wenngleich die Zersplitterung durch die Wallace-Partei den Republikanern zugute kommen wird. Würde es den Gewerkschaften gelingen, diesmal 58 Millionen Wähler an die Urne zu bringen, dann hätte Truman gute Aussichten. Bei geringer Wahlbeteiligung steigen die Chancen von Dewey.

München 1938 - Berlin 1948

Von Willy Brandt, Berlin

Am 22. September 1938 traf Neville Chamberlain in Godesberg mit Hitler zusammen. Eine Woche später kapitulierten die Westmächte in München vor den Kriegsdrohungen der Nazidiktatur. Am 22. September 1948 trat Ernest Bevin vor das Unterhaus und erklärte: Wir werden nicht zum zweiten Mal nach München gehen.

Diese Erklärung hat umso mehr Gewicht, als sie vom Außenminister eines Staates abgegeben wurde, dem die Bereitschaft zum Verhandeln und Ausgleichen obzusagen im Blut sitzt. In der Tat kann es keine Demokratie und keinen Frieden ohne echte Kompromisse geben. Was aber in München vor zehn Jahren ausgehandelt wurde, war nicht einmal ein faules Kompromiß, sondern objektiver Verrat an der Tschechoslowakei und am Frieden der Welt.

München sicherte nicht den Frieden, sondern machte den Krieg unvermeidlich. Die elfmonatige Verzögerung der bewaffneten Auseinandersetzung war im wesentlichen ein Zeitgewinn des Angreifers. Als Chamberlain und Daladier aus München zurückkehrten, jubelte man ihnen zu, sie hätten den Frieden für unsere Zeit gesichert. Der britische Premier wehrte die übertriebenen Eulogien mit der Feststellung ab, daß militärische Schwäche eben auch diplomatische Schwäche bedeutet. Sicher ist die Gefahr besonders groß, wenn der potentielle Angreifer über ein rüstungsmäßiges Übergewicht verfügt. Inzwischen ist aber klar geworden, daß Hitler-Deutschland 1938 keineswegs so stark war, wie es sich machte. Das will besagen, daß es bei der Auseinandersetzung mit Diktaturen - nationalwie international - auf die Klarheit und Geschlossenheit der politischen Konzeption ankommt.

Geschichtliche Vergleiche haben immer nur einen begrenzten Wert. Trotz vieler Ähnlichkeiten der Machtausübung bestehen grosse Unterschiede zwischen den Herrschern der Reichskanzlei und des Kremls. Während Hitler seine damaligen Partner auf kürzere Sicht richtig einschätzte, besteht die Gefahr, dass sich Stalin einer Unterschätzung seiner Verbündeten von gestern schuldig macht und damit dessen, was die westliche Welt an materiellen und moralischen Kräften aufzubieten vermag. Aus dieser Unterschätzung und aus der Furcht vor einer unausweichlichen Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Festens entspringt - neben irrationalen Momenten - die Kriegsgefahr unserer Tage.

Niemand kann im Ernst etwa bestreiten, dass seit Ende des zweiten Weltkrieges alles Menschenmögliche versucht worden ist, den Frieden auf der Grundlage der siegreichen Koalition zu festigen. Es hat allerdings sehr lange gedauert, bis der Westen die Zersetzung dessen zur Kenntnis nahm, was der Kampf gegen die Nazis zusammengeschweisst hatte. Die Versuche, ernste Interessengegenstände und Grundsatzfragen durch eine gemeinsame Terminologie zu vertauschen, mussten denen helfen, die allzu gern unter falscher Flagge segeln. Das Fehlen einer klaren Konzeption der demokratischen Mächte kam übrigens nicht nur dem östlichen Totalitarismus zugute, sondern hielt auch faschistische Kräfte am Leben, die die Sache der Freiheit kompromittieren und gefährden. In der heute entscheidenden Auseinandersetzung ist allerdings weitgehend Klarheit geschaffen worden. Die neue totalitäre Welle fällt auf wachsenden, einheitlich werdenden Widerstand. Das ist ein entscheidender Unterschied gegenüber der Zersplitterung und Verwirrung des Jahres 1938.

Es ist nicht zu leugnen, dass sich in der Berliner Politik der alliierten Mächte noch bis in die jüngste Vergangenheit gewisse München-Tendenzen geltend machen. Die prinzipielle Bedeutung des Ringens um das, was heute noch wie eine Insel im russischen Meer erscheint, ist manchem der Beteiligten erst im Prozess langwieriger Verhandlungen klar geworden. Mit Befriedigung darf festgestellt werden, dass die Berliner Bevölkerung durch die waffenlose, aber entschlossene Verteidigung ihrer Rechte entscheidend zur Klärung beigetragen hat. Hätte sie anders reagiert, wäre die Berliner Frage wahrscheinlich schon vor Monaten einseitig gelöst worden. Erst hinterher hätte man dann vielleicht festgestellt, es habe sich um ein neues München gehandelt.

Aber ist denn Berlin einen Krieg wert, fragen unbewusste und bewusste Münchenianer auch in Deutschland? Die Unbewussten begreifen nicht, dass sich bereits in ihrer Fragestellung ein Stück Unterwerfung ausdrückt. Es ist die immer wiederkehrende Methode, die Front des Rechts durch Furcht zu verdecken. Die geschichtliche Erfahrung beweist, dass der Friede nur durch Festigkeit gesichert werden kann. Die Frage ist dann den anderen zu stellen, denen, die das an Kraft gewinnen möchten, was sie ihren Widersachern an Furcht einflüssen wollen: ist Euch Berlin einen Krieg wert? Hitler hätte durch Entschlossenheit aus dem Sattel gehoben werden können, bevor er das grosse Massengrauen entfesselte. In München wurde eine der letzten Chancen verspielt, den zweiten Weltkrieg zu verhindern. Fehler der Geschichte sind nicht vornehmlich dazu da, wiederholt zu werden.

Verantwortlich: i. V. Josef Schmidt.